

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Zat 298 Wirtschaft 27.

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 2. Januar 1950

Nummer 1

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nimmt mit dieser Veröffentlichung die Anfang 1943 unterbrochene, kurzfristige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung wieder auf. Mit einer gedrängten Übersicht über die Lage am Jahresende wird begonnen; in den folgenden Wochenberichten werden einzelne Bereiche untersucht werden. Es ist beabsichtigt, neben den deutschen Problemen auch internationale Entwicklungen und Zusammenhänge zu beleuchten, sowie die Vorgänge in Berlin einer eingehenderen Betrachtung zu unterziehen.

Deutschlands wirtschaftliche Lage Ende 1949

Die westdeutsche Wirtschaftslage war im Jahre 1949 gekennzeichnet durch eine starke Abschwächung des Aufschwungs, der im zweiten Halbjahr 1948 Erzeugung und Einkommen rasch über das Tief der Reichsmark-Nachkriegszeit hinausgehoben hatte. Gegen Jahresende haben die Auftriebstendenzen sich zwar teilweise wieder verstärkt; jedoch ist offenbar die Stockung in der Investitionstätigkeit noch keineswegs behoben. Angesichts des gewaltigen Wiederaufbaubedarfs und der beträchtlichen Arbeitslosigkeit kann diese Verlangsamung des letztjährigen Aufschwungstempos aus wirtschaftlichen wie sozialen Gründen nicht leicht genommen werden. Die Berliner Wirtschaft ist unter den Folgen der wirtschaftlichen Spaltung Deutschlands, die Rest-Deutschland in zwei Gebiete mit verschiedenen Wirtschaftssystemen und Währungen teilte und damit Berlin als Verwaltungszentrum des deutschen Wirtschaftsgebietes funktionsunfähig machte, und infolge der Ausblutung durch die fast ein Jahr ertragene Blockade weitgehend erlahmt; jedoch scheint sich eine Erholung anzubahnen. Unverändert steht die ostzonale Wirtschaft unter dem Zwange eines rigorosen Reparationssystems.

In keinem der verbliebenen deutschen Wirtschaftsgebiete hat die volkswirtschaftliche Leistung die Höhe der Vorkriegszeit erreicht, wenn auch die Produktionserfolge Westdeutschlands

in den ersten Monaten nach der Geldreform außerordentlich waren. An dem verringerten Sozialprodukt Deutschlands zehren neben den Aufbau-Investitionen noch die Besatzungskosten und Reparationsleistungen. Dazu fallen etwa 15 vH der früheren deutschen Produktionskraft — im Gebiete östlich der Oder-Neiße — für die deutsche Wirtschaft total aus. Die Bevölkerung dieses Gebietes muß aber vom restlichen Deutschland, dessen Bevölkerungsdichte um mehr als 20 vH zunahm, zusätzlich versorgt werden. Das Saargebiet ist aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet ausgegliedert.

Im ganzen folgt die deutsche Wirtschaft erst in weitem Abstände hinter der reorganisierten Wirtschaft Westeuropas, die in ihren entscheidenden Produktionen die Vorkriegsleistung überall erreicht und in den Kerngebieten zeitweise um 20 vH und teilweise um noch weit mehr überschritten hat. Der Gesundungsprozeß anderer Volkswirtschaften ist aber nicht nur weiter vorgeschritten, er ist meist schon seit Jahren wirksam. In Deutschland hielt dagegen die Periode stetiger Substanzverluste und eines ununterbrochenen Kräfteverzehr bis zur Währungsreform an. Sie ist wegen fortgesetzter Reparationsentnahmen auch heute noch kennzeichnend für die sowjetische Besatzungszone.

Trotz der günstigen und in der Weltöffentlichkeit besonders beachteten Entwicklung der westdeutschen Industrieproduktion erweist sich die deutsche Wirtschaft im ganzen immer noch als wenig gekräftigt. Als schwerstes Hemmnis wirkt die wirtschaftliche Aufspaltung Deutschlands, die das durch Annexion und Demontage sowie durch die unmittelbaren Kriegsfolgen schwer gestörte ehemalige organische Gefüge der deutschen Volkswirtschaft in lebenswichtigen Teilen gesprengt hat. Der Interzonenhandel, durch Abkommen nunmehr auf 600 Millionen DM Jahreslieferungen veranschlagt, ersetzt nur einen geringen Bruchteil der friedensmäßigen Warenverflechtung zwischen Ost- und Westdeutschland. Dabei bleibt die Gefahr akut, daß der Interzonenhandel selbst den Abschnürungstendenzen der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung dienstbar gemacht wird.

Geld- und Kreditwesen

In Westdeutschland hat die an die drastische Geldreform von Mitte 1948 anschließende, nur vorsichtig den Kräften der wieder in Gang gebrachten konjunkturellen Expansion nachgebende Geld- und Kreditpolitik ihr Ziel, durch Entfesselung der marktwirtschaftlichen Konkurrenz vor allem eine Steigerung der — in der Nachkriegs-Reichsmarkzeit der „gestoppten Inflation“ gefährlich verminderten — Produktivität zu erzwingen, in hohem Grade erreicht. Nachdem so im zweiten Halbjahr 1948 ein steiler konjunktureller Anstieg ausgelöst worden war, trat um die Jahreswende 1948/49 — unterstützt durch einen Umschwung in der Lagerhaltung der Wirtschaft — eine Stagnation ein, die aus Sorge vor überstürzten Preissteigerungen mit den der Kreditpolitik zur Verfügung stehenden Mitteln zunächst nicht bekämpft wurde. Man glaubte, dem primären Ziel der Geldwert-Erhaltung entsprechend und mit Rücksicht auf die Außenwirtschaftsbilanz die Konjunktur kreditpolitisch nicht stärker vorwärts treiben zu dürfen. Damit sind aber die Opfer der mit alledem verstärkten „Reinigungskrise“, die 1,3 Millionen starke Armee der Arbeitslosen (und dazu die beträchtliche, unsichtbare Armee der Unterbeschäftigten und Unterversorgten), nicht befriedigend in den Wirtschaftsprozeß einzuschalten.

Während infolge der noch immer nicht ausgeglichenen Preisstruktur und der andauernd hohen Nachfrage nach Konsumgütern weiter

vielfach hohe Gewinne erzielt und aus ihnen im Wege der „Selbstfinanzierung“ beträchtliche Mengen Investitionskapital bereitgestellt werden, unterbleibt in Auswirkung der zurückhaltenden Kreditpolitik in bedenklichem Umfang die im Konjunkturaufschwung übliche Vorfinanzierung der normalen, auf den Kapitalmarkt angewiesenen neuen Investitionen durch kurzfristige Mittel. Dies bedeutet eine in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage bedenkliche Schmälerung des Investitionsvolumens.

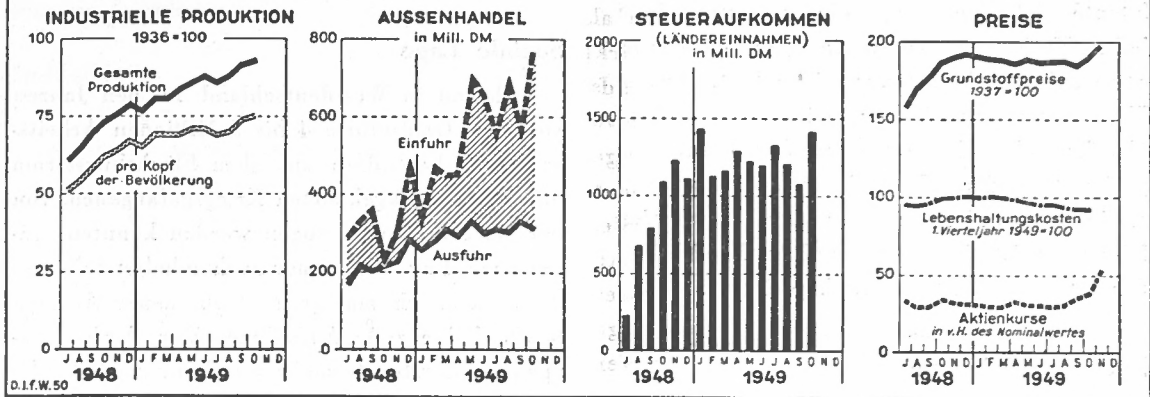
Ein Ausgleich für die insoweit unterbliebenen privaten Investitionen durch öffentliche Investitionen ist bisher nicht ausreichend erfolgt: Im Gegenteil hatte die Ansammlung hoher Etatüberschüsse der öffentlichen Haushalte (im ganzen) ohne entsprechende öffentliche Investitionen seit Jahresbeginn etwa bis in den Herbst hinein eindeutig deflatorische Wirkungen.

*

Im Zuge dieser in erster Linie auf die Erhaltung des Geldwertes ausgerichteten Geld- und Kreditpolitik hat sich der Außenwert der westdeutschen Mark immer mehr gefestigt. Sie ist auf dem Wege, zu einer der wenigen „harten“ Währungen zu werden. Die Abwertung der DM-West um 20,7 vH gegenüber dem Dollar am 29. September 1949 (mit Wirkung ab 19. September 1949), die lediglich eine mäßige Anpassung an die im Ausland erfolgten Währungsabwertungen darstellt, hatte keine innerwirtschaftlichen Gründe.

In der sowjetischen Besatzungszone hat die Währungsreform von Mitte 1948 trotz einer nicht zu verkennenden Bemühung, die Gelddecke knapp zu halten, den Zustand der „gestoppten Inflation“ nicht ganz beseitigt und vor allem im Hinblick auf die niedrige Produktion, den niedrigen Produktivitätsgrad und die andauernd hohen Entnahmen für Reparationen, Besatzungskosten usw., auch nicht beseitigen können. Einen „Außenwert“ hat die DM-Ost praktisch nicht, mit Ausnahme des freien Kurses DM-Ost gegen DM-West, der sich infolge des in Berlin sowie längs der Zonengrenze nicht zu kontrollierenden Zusammenhanges des west- und ostdeutschen Wirtschaftsgebietes bildet und sich in den letzten Monaten auf den für die DM-Ost tiefen Stand von rd. 1 DM-West = 6 bis 7 DM-Ost gesenkt hat. Dies ist die Folge der Tatsache, daß der vielseitige und hohe

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE WESTDEUTSCHLANDS



Spitzenbedarf der östlichen Mangelwirtschaft an unbedingt notwendigen Komplementärgütern der Produktionswirtschaft und Verbrauchsgütern zur Deckung der elementaren Lebensbedürfnisse der Bevölkerung nur hier Zugang zu einem verhältnismäßig reichhaltig versorgten Markt findet.

Finanzlage

In der öffentlichen Finanzgebarung Westdeutschlands ist gegenwärtig der Tendenzwechsel in Richtung auf eine Verringerung der Etatüberschüsse entscheidend. Inzwischen hat dieser Vorgang vielleicht schon zu einem laufenden Defizit der gesamten öffentlichen Haushalte geführt. Hierdurch wurde der auf der Wirtschaft lastende allgemeine deflatorische Druck bereits gemildert. Er war dadurch entstanden, daß die Überschüsse der öffentlichen Hand, da sie nicht verausgabt wurden, sich nicht in Einkommen niederschlagen konnten. Die Überschüsse der öffentlichen Hand, die zum großen Teil als Zentralbankguthaben geführt werden, blieben als Geldvolumen praktisch sterilisiert. Ein zeitweises Haushaltsdefizit infolge vermehrter öffentlicher Investition dürfte sich konjunkturgünstig auswirken. Investitionen aus öffentlichen Mitteln sind finanztechnisch weitgehend bewilligt und vorbereitet und z. T. auch in Gang gekommen; nur bestehen infolge bürokratischer Hemmungen Schwierigkeiten eines stärkeren Anlaufens.

Die kurzfristige Verschuldung der öffentlichen Hand an das Bankensystem nimmt zu, während die Gesamtheit der öffentlichen Einlagen immer noch ein Mehrfaches dieser Verschuldung ausmacht. Die über die Ausgleichsforderungen entstandene langfristige Verschuldung, mit der die

Geldreform Länder und Bund belastet hat, liegt nominell unter der öffentlichen Verschuldung vor Beginn der Aufrüstung.

In Westberlin wurde das chronische Haushaltsdefizit bis zum Herbst durch GARIOA und westdeutsche Kredite in Höhe von zusammen bis rd. 100 Millionen DM monatlich gedeckt. Die Herabsetzung dieser Zuschüsse auf rd. 60 Mill. DM monatlich hat — trotz des Wegfalls gewisser Blockadekosten — nicht nur den Stadthaushalt in verstärkte Schwierigkeiten gebracht, sondern infolge der großen Abhängigkeit der gesamten Berliner Wirtschaft von den öffentlichen Ausgaben einen starken deflatorischen Druck auf die Wirtschaft Westberlins ausgelöst. Da die Wirtschaft Berlins auch nach der Blockade bisher erst unvollkommen in den wirtschaftlichen Kreislauf Westdeutschlands eingefügt ist, müßte eine weitere Herabsetzung dieser Zuschüsse den wirtschaftlichen Kreislauf Westberlins erneut gefährlich stören.

Infolge der deflatorischen Gesamtsituation ist auch die Kreditversorgung Westberlins völlig unzureichend; die Hauptschwierigkeit liegt jedoch z. Zt. nicht so sehr in dem beschränkten Gesamtvolumen der angebotenen oder verfügbaren Kredite und auch nicht so sehr in den z. T. verhältnismäßig niedrigen Kreditbedingungen, sondern im Mißverhältnis zwischen Kredit- und Ertragsbedingungen, das der Wirtschaft nur in bestimmten Fällen die Benutzung der eingeräumten Kreditlimite gestattet. Die Westberliner Wirtschaft benötigt daher — neben besseren Ertragsbedingungen — einen verhältnismäßig großen finanziellen Zuschuß à fonds perdu zum Ausgleich der Blockadeschäden.

Die Finanzwirtschaft der *sowjetischen Besatzungszone* behilft sich durch eine bewußte, latente Inflationierung, die bei unverändert hohen Verbrauchssteuern ein öffentliches Defizit ohne Schwierigkeiten vermeiden läßt. Aus der Unterversorgung immer wieder entstehende Kaufkraftüberschüsse werden durch das Überpreissystem der „Handels-Organisation“ abgeschöpft. Die Finanzierung der Reparationsleistungen ist durch vorsorgliche Fondsbildung für absehbare Zeit technisch gesichert.

Preise und Löhne

Der Zusammenhang, der vor der Geldreform über die Preise zwischen West- und Ostdeutschland noch gegeben war, hat sich inzwischen mehr und mehr gelockert. Die hierbei entstehenden nominellen Preis- und Lohndifferenzierungen zwischen Westen und Osten werden aber überdeckt durch die außerordentlichen Kursunterschiede zwischen den beiden frei gehandelten D-Mark-Währungen. Der Interzonenhandel erfolgt deshalb über besondere Verrechnungskonten; der große Warenhunger der *sowjetischen Besatzungszone* und z. T. der östlichen Wirtschaft überhaupt drückt anhaltend über den illegalen Handel und den Zugang zu den Berliner Warenmärkten auf den Ostmarkkurs.

Der Reallohn der Arbeiterschaft hat sich in Westdeutschland wohl verbessert, hat das Vorkriegsniveau aber bei weitem noch nicht erreicht und liegt unter dem Druck einer gegenüber der Vorkriegszeit verringerten Produktivität.

Die Preise in Westdeutschland haben noch nicht ihre Anpassung an eine optimale *Kostengestaltung* gefunden. Der Preis der Kohle, die wegen des hohen Exportanteils ein wichtiger Devisenbringer ist, wird manipuliert und liegt in einzelnen Gruben unter den Gestehungskosten. In Wirtschaftszweigen mit depressiver Konjunkturlage, beispielsweise in Teilen der Produktionsmittelindustrie, decken die erzielbaren Preise kaum die allerdings durch mangelhafte Kapazitätsausnutzung überhöhten Produktionskosten, während in großen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere den Verbrauchsgüterzweigen, immer noch reichliche Gewinne anfallen. Generelle Kostenerhöhungen, wie sie durch die Importverteuerung nach Abwertung der D-Mark von 30 auf 23,8 cents eingetreten sind, werden nur teil-

weise auf Grund von Gewinnen kompensiert werden können.

Soziale Lage

Während in Westdeutschland in den Jahren vor der Geldreform 4 bis 5 Millionen Arbeitskräfte, insbesondere aus dem Flüchtlingsstrom und den zurückgekehrten Kriegsgefangenen, von der Wirtschaft aufgesogen werden konnten, findet neuerdings der immer noch anhaltende, wenn auch nur noch mäßige Zustrom neuer Arbeitskräfte keine volle Aufnahme. Der Arbeitsmarkt dürfte nunmehr durch unausbleibliche Rationalisierungsmaßnahmen in eine Periode ständiger Freisetzung von Arbeitskräften geraten, die nur dadurch wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden können, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

In der *sowjetischen Besatzungszone* ist dieser Vorgang insofern abgeschwächt, als eine ständige Fluchtbewegung gerade unter den produktiven Jahrgängen anhält, und größere Kontingente voll einsatzfähiger Arbeitskräfte durch Polizeidienste gebunden sind.

*

Die aus der Altersversorgung, durch die hohe Arbeitslosigkeit und für die Regulierung des Flüchtlingswesens entstehenden Soziallasten dürften in Deutschland gegenwärtig höher sein als in allen vergleichbaren europäischen Volkswirtschaften. Sie sind eine schwerwiegende Dauerhypothek des Krieges, die das Kostengefüge anhaltend beeinflußt und damit die Konkurrenzfähigkeit mindert. Die noch ausstehende vermögensrechtliche Regelung der Kriegsschäden wird nur zum bescheidenen Teil aus dem laufenden Sozialprodukt erfolgen können, so daß eine Lastenverteilung, wenn sie Erfolg haben soll, auf eine Vermögensauseinandersetzung hinauslaufen müßte.

*

Die Produktivität der Arbeitskräfte in der westdeutschen Industrie ist, nachdem sich die physischen Voraussetzungen und die Arbeitswilligkeit wesentlich gebessert haben, nunmehr weitgehend abhängig von der verschlechterten technischen Ausrüstung. Allerdings macht sich bereits teilweise auch der Aderlaß an hochqualifizierten Facharbeitern, der die Produktivität herabsetzt, bemerkbar. Gegenüber der Vorkriegszeit bleibt die Produktivität im Produk-

tionsgüterbereich im allgemeinen noch am weitesten zurück. Der Investitionsbedarf ist deshalb hier am dringlichsten.

Industrie

Die Industrieproduktion Westdeutschlands wächst nach dem kurzen, jedoch intensiven Aufschwung von Mitte bis Ende 1948 nunmehr nur noch langsam und beinahe tastend in die verbliebenen betrieblichen Kapazitäten. Die gewaltigen Disproportionen im Produktionsbereich entstanden aus der kriegswirtschaftlichen Deformierung der Produktionsverhältnisse durch einseitige Förderung der Rüstungsindustrie, danach durch Kriegsschäden und bis in die jüngste Zeit hinein auch durch Demontagen, und sind bei weitem noch nicht ausgeglichen.

Die Energieversorgung hat sich dem sprunghaft gestiegenen Bedarf anzupassen vermocht, ist in der *sowjetischen Besatzungszone* jedoch weiterhin ein wirksamer Engpaß, der die Produktion ernsthaft behindert. Hier sind nicht Kohle- oder — bei den Wasserkraftwerken — Wassermangel die Ursache der Leistungsbegrenzung, wie das vorübergehend in Westdeutschland der Fall war, sondern die Begrenzung ist in der durch Demontage und Überbeanspruchung verringerten Leistungsfähigkeit der Anlagen begründet.

Die Versorgung der westdeutschen Industrie mit Grundstoffen ist bei dem gegenwärtigen industriellen Produktionsniveau ausreichend. Kohle und Erze werden sich jedoch verknappten, wenn der im Rahmen des ERP vorgesehene industrielle Beschäftigungsgrad tatsächlich erreicht wird.

Eine der Schwächen in der konjunkturellen Situation Westdeutschlands ist in der Beschäftigungslage der Investitionsgüterindustrien zu sehen, mit Ausnahme des Fahrzeugbaus, der saisonbegünstigten Industrie der Steine und Erden und seit Herbst auch der elektrotechnischen Industrie. Die Eisen- und Stahlgewinnung, die Produktion der NE-Metallindustrie, die Holzbearbeitung sowie Teile des Maschinenbaus haben den im Laufe des Jahres erzielten Höchststand nach vorübergehenden Rückschlägen nur teilweise wieder erreicht.

Bei ausreichender Rohstoffgrundlage haben die Konsumgüterindustrien wegen der langjährigen Unterversorgung in der teilweise

sehr aktiven Nachfrage eine unverändert gute Konjunkturstütze. Nach gewissen, offenbar in vorsichtigeren Lagerdispositionen begründeten gelegentlichen Abschwächungen in der ersten Jahreshälfte setzte sich im Herbst, gefördert durch die Abwertung der D-Mark und die an sie geknüpften Erwartungen einer Preissteigerung wieder eine Belebung durch.

In der *sowjetischen Besatzungszone* bestimmt die Unterversorgung der Bevölkerung trotz gelegentlicher Ausgabe von Textilien und Schuhen weiterhin die Lebenshaltung. Der reich versorgte Berliner Markt ist den Käufern der sowjetischen Zone nur in Grenzfällen zugänglich, und die Überpreise des freien Marktes verbieten eine Anreicherung der Haushaltsbestände.

*

Im Westen macht die Ausweitung der Bauwirtschaft Fortschritte. Sie stößt jedoch noch immer auf Kapitalknappheit. Dabei bildet die Bauwirtschaft den gegebenen Ansatzpunkt für eine nachhaltige konjunkturelle Belebung der westdeutschen Wirtschaft und eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Die 1949 erreichte Bauleistung wird das industrielle Produktionsniveau — gemessen an der Vorkriegsproduktion — kaum überschreiten.

Landwirtschaft

In der westdeutschen Landwirtschaft ist die Bewirtschaftung teilweise aufgehoben worden. Getreide, Fleisch, Fette und Zucker bleiben noch weiter bewirtschaftet, doch ist beabsichtigt, auch diese Produkte nach und nach freizugeben, sobald die Versorgungslage durch eigene Ernte und Einfuhr gesichert erscheint. Eine Auflockerung der Fleischbewirtschaftung ist dadurch eingeleitet, daß die Schweine freigegeben wurden, nachdem vorbereitend der Schweinebestand beträchtlich ausgedehnt worden war. Diese Erhöhung der Schweinebestände ist durch die sehr gute vorjährige Kartoffelernte und durch beträchtliche Einfuhren von Futtergetreide sehr gefördert worden. Bei einer zwar um 2,7 Mill. t niedrigeren Kartoffelernte (das sind 0,7 Mill. t Getreidewert) liegt die Futtergetreideernte um 1,2 Mill. t höher als im Vorjahre, so daß aus eigener Erzeugung 0,5 Mill. t Futtergetreide mehr zur Verfügung stehen. Trotzdem wird die Erhaltung des erhöhten Schweinebestandes weitgehend von ausreichenden Futtergetreideeinfuhren abhängen.

In der Landwirtschaft der Ostzone herrscht unverändert das Prinzip der straffen Planung. Der auch hier geforderte Wiederaufbau des Viehbestandes wird angesichts der niedrigen Ernteerträge durch beträchtliche Ablieferungsverpflichtungen in Felderzeugnissen erschwert, da nicht genügend Futtermittel für eine vermehrte Viehhaltung übrig bleiben. In der Ostzone dürften die Ergebnisse der Ernte 1948 in diesem Jahr nicht ganz erreicht worden sein.

Ernährung

Im Bundesgebiet hat die Ernährung ein Niveau erreicht, das hinsichtlich der Kalorienmenge und des Gehalts an Fett und Eiweiß sich bereits wieder dem Normalstand nähert. Die Verbesserung der Ernährung beruht vor allem auf einer fortgesetzten Erhöhung der Einfuhren, daneben auf der durch die Geldreform erhöhten Ablieferungsbereitschaft der Landwirtschaft. In ihrer qualitativen Zusammensetzung ist sie jedoch wesentlich bescheidener als vor dem Kriege: an die Stelle von Butter, Fleisch und Eier sind mehr als früher Pflanzenfette, Fische und Käse getreten. Die verringerte Kaufkraft zwingt die Verbraucher zu sparsamster Lebenshaltung, obwohl dem äußeren Bilde nach bereits der Eindruck einer friedensmäßigen Bedarfsdeckung entsteht.

Auch in Westberlin hat sich nach Aufhebung der Blockade die Ernährung wesentlich gebessert, doch ist hier eine ähnliche, aber noch schärfer empfundene Spannung als in Westdeutschland zwischen Angebot und tatsächlicher, durch die Einkommenslage bedingter Bedarfsdeckung infolge der nach der Währungsregelung entstandenen Deflationskrise zu verzeichnen.

Der Ostsektor Berlins ist — was die Höhe der Rationen anlangt — aus politischen Gründen ähnlich gut versorgt worden wie die Westsek-

toren, wenn auch in weit ungünstigerer qualitativer Zusammensetzung. Dagegen liegt die Versorgung im sowjetischen Zonengebiet fast unverändert auf dem außerordentlich niedrigen Stand der Vorjahre. Die schon unzureichenden Rationen an Fleisch und Fett werden zum Teil durch die Austauschstoffe Fisch, Weißkäse und Zucker ersetzt.

Handel

Der westdeutsche Handel hat sich in seine marktwirtschaftlichen Funktionen wieder eingespiegelt und steht in verschärftem Wettbewerb. Er wird hierdurch und auch durch Maßnahmen der Kreditpolitik wieder zu qualifizierter und dabei rationeller Lagerhaltung angehalten. Der Wettbewerb um den Kunden scheint sich zunehmend über differenzierte Liefer- und Zahlungsbedingungen zu vollziehen. Die Umsatzsteuereinnahmen lassen — bei Berücksichtigung der Preisentwicklung — für die letzten Monate auf eine leichte Aufwärtsbewegung der mengenmäßigen Umsätze schließen.

*

Dem Außenhandel Westdeutschlands fehlt für eine größere Exportausweitung die Basis eines rationalisierten breiteren Inlandmarktes, durch den die natürlichen Standortvorteile der deutschen Produktion sich Geltung verschaffen könnten. Für weite Teile des deutschen Außenhandels sind zur Zeit Märkte überlieferten Absatzes durch die von anderen europäischen Ländern betriebene Außenhandels- und Zollpolitik versperrt oder eingeengt. Noch immer beträgt der westdeutsche Import mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Exportes.

In dieser unbefriedigenden Außenhandelsbilanz spiegelt sich die noch starke Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der Hilfestellung unterstützungsbereiter fremder Volkswirtschaften.